

CONV 60/02

VERMERK

Betr.: **Aufzeichnung über die Plenartagung**
 – **23./24. Mai 2002, Brüssel**¹

I. Eröffnung der Plenartagung

1. Der Vorsitzende des Konvents, Herr Valéry Giscard d'Estaing, eröffnete die Tagung. Er wurde von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Giuliano Amato und Herrn Jean Luc Dehaene, unterstützt.

Der Vorsitzende hob hervor, dass die ersten Beratungen des Konvents den Eindruck vermittelt hätten, dass hinsichtlich der Beschreibung der Aufgaben der Union sowie der Art und Weise, wie diese Aufgaben wahrgenommen würden, ein gewisses Durcheinander herrsche. Dies liege größtenteils an der hohen Zahl von Texten, in denen diese Aufgaben beschrieben würden (Verträge, Anhänge, andere Texte usw.) und die ein komplexes und schwer verständliches Ganzes bildeten.

2. Der Vorsitzende würdigte anschließend den Beitrag der Kommission vom 22. Mai als wichtiges und positives Dokument, das vom Konvent zusammen mit den anderen Beiträgen sorgfältig geprüft werde. Der Vorsitzende erklärte später (bei der Wiederaufnahme der Sitzung am Vormittag des 23. Mai), dass der Präsident der Kommission, Herr Prodi, ihn davon unterrichtet habe, dass die Kommission beabsichtige, gegen Ende August oder im September ein weiteres Dokument über die Organe zu unterbreiten, und dass Herr Prodi sich bereit erklärt habe, einer Plenartagung beizuwohnen, um mit den Mitgliedern des Konvents einen Gedankenaustausch zu führen.
3. Der Vorsitzende begrüßte es ferner, dass das Europäische Parlament die Entschliebung zum Lamassoure-Bericht über die Zuständigkeiten der Union angenommen hat.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung ist auf der Website www.european-convention.eu.int einzusehen.

4. Auf bestimmte Anträge hin, die Frage der Organe früher zu behandeln, erklärte der Vorsitzende, dass die Erörterung dieser Frage erfolgen werde, sobald die Phase der Anhörung und die Prüfung der Aufgaben der Union abgeschlossen seien, da nämlich ausgehend von den Aufgaben die Organe definiert werden müssten, und nicht die Organe bestimmend für die Aufgaben seien.
5. Hinsichtlich der Gestaltung der Arbeiten kündigte der Vorsitzende an, dass die Beratungen des Konvents in ihrem Zeitablauf intensiviert würden. Er gab drei Neuerungen bekannt:
 - Die ersten Arbeitsgruppen werden eingesetzt (siehe Abschnitt III).
 - Die Praxis der blauen Karten (einminütige Ausführungen als Antwort auf die Hauptreden) wird ergänzt, indem für Personen, die angesprochen worden sind, das Recht auf einminütige (durch eine grüne Karte zu signalisierende) Erwiderung vorgesehen wird.
 - Eine kurze Pause in der Mitte des Nachmittags wird vorgesehen, um es den Mitgliedern des Konvents zu ermöglichen, persönliche Gespräche miteinander zu führen.

II. Erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben der Union: Effizienz und Legitimation

6. Der Vorsitzende eröffnete die Aussprache mit dem Hinweis, dass sie die Fortsetzung der vorangegangenen Tagung sei. Während dieser Tagung habe der Konvent eine gewisse Zahl von Grundsätzen herausgearbeitet und einige Prioritäten und Ausrichtungen im Hinblick auf die Definition der Aufgaben ermittelt, die die Union wahrnehme oder wahrnehmen sollte. Auf der gegenwärtigen Tagung gelte es, diese Grundsätze und Ausrichtungen durch Prüfung der Frage, ob die derzeitige Abgrenzung der Zuständigkeiten den vom Konvent ermittelten Aufgaben der Union entspreche, zu vertiefen und zu schauen, wie die Umsetzung dieser Zuständigkeiten möglichst legitim und effizient gewährleistet werden könne.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Konvent als Grundlage für die Aussprache mehrere Dokumente erhalten habe: ein Diskussionspapier (CONV 47/02) über die Problemstellung bei der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten; ein zweites Diskussionspapier (CONV 50/02) über die der Union und der Gemeinschaft zur Wahrnehmung ihrer Zuständigkeiten zur Verfügung stehenden Instrumente und Beschlussfassungsverfahren; ferner einen Vermerk mit einem Fragenkatalog (CONV 54/02), der der Strukturierung der Debatte dienen soll.

Im Zentrum der Beratungen über diesen Punkt standen folgende drei große Themen:

a) *Kompetenzabgrenzung*

7. Es ging um die Frage, ob das derzeitige System der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten den vom Konvent ermittelten Aufgaben der Union entspricht, ob dieses System noch weiter geklärt werden muss und wie die Einhaltung einer solchen Abgrenzung, insbesondere des Subsidiaritätsprinzips, gewährleistet werden kann.

Für eine große Mehrheit der Redner entsprechen die Zuständigkeiten der Union grundsätzlich ihren Aufgaben, obwohl das System der Abgrenzung der Zuständigkeiten noch besser geklärt werden müsste und diese Zuständigkeiten in bestimmten Bereichen verstärkt werden müssten.

8. Hinsichtlich der Bereiche, in denen die Zuständigkeiten der Union verstärkt werden müssten, verwies ein Großteil der Konventsmitglieder auf die gemeinsame Außenpolitik - und insbesondere darauf, dass Europa mit einer einzigen Stimme sprechen müsse - sowie auf die Politik hinsichtlich eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, insbesondere in Bezug auf die Aspekte, bei denen ein grenzüberschreitendes Vorgehen erforderlich sei. Die Notwendigkeit, Europol – durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in den Vertrag – operative Befugnisse zu übertragen, sowie die Bedeutung einer parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle von Europol wurden ferner genannt.

Mehrere Redner verwiesen auf die Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken als logische Konsequenz der Währungsunion. Andere Redner brachten vor, dass hiervon die Sozial- und Beschäftigungspolitik nicht getrennt werden dürfe.

9. Hinsichtlich der Notwendigkeit einer Klärung des Systems der Kompetenzabgrenzung unterstrich die große Mehrheit der Redner, dass der Bürger wissen müsse, "wer in der Europäischen Union für was verantwortlich ist", und sprach sich für eine klarere und funktionsfähige Beschreibung der Zuständigkeiten aus. Die Redner betonten jedoch, dass eine solche Klärung nicht zu einer Änderung des Systems und auch nicht zur Aufstellung einer Positiv- oder Negativliste von Zuständigkeiten führen dürfe.

Mehrere Wege, wie eine solche Klärung zu bewerkstelligen ist, wurden aufgezeigt:

- In den Vertrag wird eine Bestimmung aufgenommen, der zufolge die Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten liegen, außer in den Fällen, in denen sie der Union übertragen sind.
 - Im Vertrag wird eine deutlichere Unterscheidung zwischen den verschiedenen Kategorien von Zuständigkeiten vorgenommen.
 - Die Artikel der Verträge bezüglich der Ziele der Union werden im Hinblick auf ihre Klärung neu gefasst.
 - Die legislativen und exekutiven Befugnisse der Union werden geklärt.
 - In den Artikeln 94, 95 und 308 des EG-Vertrags wird an die vom Gerichtshof für die Anwendung dieser Bestimmungen festgelegten Beschränkungen erinnert.
10. Die Konventsmitglieder hoben hervor, dass die politische Kontrolle der Einhaltung der Grundsätze der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiarität verstärkt werden müsse. Nach Ansicht mehrerer Mitglieder muss eine derartige Kontrolle im Wesentlichen parlamentarischer Natur sein. Eine Reihe von Gedanken wurde in diesem Zusammenhang vorgebracht:
- Die Kontrolle der nationalen Parlamente über ihre Regierung, wenn diese ihren Standpunkt zu Gemeinschaftsfragen festlegt, muss verstärkt werden.
 - Es ist ein Mechanismus einzurichten, mit dem die durch die nationalen Parlamente ausübende Kontrolle der Einhaltung der Grundsätze der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiarität im Rahmen des gemeinschaftlichen Beschlussfassungsprozesses verstärkt wird. Es fand eine Diskussion statt über die Frage, ob ein solcher Mechanismus nur die nationalen Parlamente einbeziehen oder ob er eine breitere Zusammensetzung aufweisen sollte. Einige Konventsmitglieder verwiesen auf die Rolle, die in diesem Kontext die COSAC spielen könnte. Die Frage, welche Befugnisse für einen solchen Mechanismus vorzusehen seien, wurde ebenfalls erörtert.

- Während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens ist eine "Selbstdisziplin" der Organe erforderlich. Unterstrichen wurde die wichtige Rolle, die die Kommission in diesem Zusammenhang im Rahmen ihrer Initiativbefugnis spielen kann.
 - Hinsichtlich der gerichtlichen Kontrolle plädierte ein Teil der Konventsmitglieder für eine Verstärkung der Kontrolle durch den Gerichtshof. Einige Mitglieder erklärten, dass beim Gerichtshof eine Kammer gebildet werden müsse, die speziell für die Fragen der Einhaltung der Grundsätze der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiarität zuständig wäre. Diskutiert wurde auch über die Frage, ob das Recht, beim Gerichtshof Klage wegen Verletzung der Grundsätze der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiarität zu erheben, erweitert werden solle oder nicht. Einige Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, dieses Recht den nationalen Parlamenten zu übertragen. Andere Konventsmitglieder verwiesen auf die Regionen mit Legislativzuständigkeiten oder auf den Ausschuss der Regionen.
11. Auf die Ausführungen einiger Redner hin, die für die Einführung einer gerichtlichen *Ex-ante*-Kontrolle plädiert hatten, hoben andere Redner hervor, dass die Vorabkontrolle der Grundsätze der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiarität im Wesentlichen politischer Natur sein müsste und dass im Falle eines Konflikts der Gerichtsweg das letzte Mittel sein müsse.
12. Einige Redner vertraten die Auffassung, dass angesichts des politischen und zugleich rechtlichen Charakters des Subsidiaritätsprinzips ein Schiedsmechanismus gemischter (politisch-gerichtlicher) Natur eingerichtet werden müsse, der vor der Annahme eines Rechtsakts mit einer Frage hinsichtlich der Kompetenzabgrenzung oder der Subsidiarität befasst werden könnte.
- b) Die Instrumente für die Ausübung der Zuständigkeiten**
13. Die große Mehrheit der Redner kritisierte das Durcheinander und Übermaß an Instrumenten, die der Union für die Ausübung ihrer Zuständigkeiten zur Verfügung stehen. Sie erklärten deshalb nachdrücklich, dass es erforderlich sei, diese Instrumente zu rationalisieren und sie zu diesem Zweck neu zu definieren und zu vereinfachen sowie ihre Anzahl zu verringern. Einige Redner sprachen sich für eine klare Normenhierarchie aus.

14. Einige Redner kritisierten im Übrigen die Regelungswut, die sich bisweilen bei den derzeitigen Rechtsvorschriften zeige, und sie plädierten für einen häufigeren Rückgriff auf Rahmenvorschriften. Manche Redner waren der Ansicht, dass stärker anerkannt werden sollte, dass die Aktionsmodalitäten der Union je nach ihrer Intensität variieren können (Vorschriften für die einheitliche Anwendung, vollständige Harmonisierung oder Mindestharmonisierung, gegenseitige Anerkennung, zwingende oder "offene" Koordinierung).
15. Im Zusammenhang mit dem Vorschlag, eine Wechselbeziehung zwischen den Kategorien von Zuständigkeiten und den Arten von Rechtsinstrumenten (Verordnung, Richtlinie, Beschluss/Entscheidung ...) zu schaffen, meinten einige Konventsmitglieder, dass es nicht möglich sei, eine solche Wechselbeziehung vorzusehen. Bestimmte Redner hingegen schlugen vor, die Bezeichnung der Instrumente zu ändern, um ihren Charakter deutlicher zum Ausdruck zu bringen (als Beispiel wurden die Bezeichnungen "Gesetz" und "Rahmengesetz" genannt).

Zahlreiche Redner, die die nach Säulen gegliederte Struktur der derzeitigen Verträge kritisierten, erkannten im Übrigen an, dass die Instrumente in den drei Säulen oder auf jeden Fall zwischen der ersten Säule (Gemeinschaft) und der dritten Säule (Zusammenarbeit in Strafsachen) angeglichen werden müssten.

16. Ferner wurden zur Sprache gebracht:
- die Notwendigkeit, die einheitlichen Züge des Gemeinschaftsrechts und seiner Instrumente und insbesondere den Vorrang und die unmittelbare Wirkung zu wahren;
 - der Gedanke, die den Bestimmungen mit quasi-verfassungsrechtlichem Charakter vorbehaltenen "durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetze" als neues Instrument in der Normenhierarchie anzuerkennen.

c) **Effizienz und Legitimation beim Beschlussfassungsprozess**

17. Viele Redner verwiesen auf das enge Band, das zwischen Legitimation und Effizienz bestehe, und beantworteten damit die vierte und zugleich die fünfte Frage. Sie räumten ein, dass Verbesserungen sowohl der Effizienz als auch der Legitimation bei den Beschlussfassungsverfahren in der Union wünschenswert seien. In diesem Sinne unterstrichen mehrere Redner, dass diese Verfahren insbesondere angesichts der derzeitigen Länge des Gesetzgebungsverfahrens vereinfacht und in der Zahl verringert werden müssten.

Andere wandten dagegen ein, dass die Vereinfachung in einer Union, die sich durch Vielfalt auszeichne, zwangsläufig Grenzen hätte und dass die Besonderheiten des Entscheidungsverfahrens bewahrt werden müssten; es gelte vielmehr, in erster Linie die Verfahren für die Bürger durchschaubarer und verständlicher zu gestalten.

18. Mehrere Konventmitglieder plädierten für eine Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und eine Abschaffung der bestehenden Veto-Rechte, an deren Stelle nach Auffassung einiger die Beschlussfassung mit überqualifizierter Mehrheit treten könnte. Eine Reihe von Rednern sprach sich dafür aus, dass der Rat öffentlich tagen sollte, wenn er als Gesetzgeber tätig wird.
19. Die überwiegende Mehrheit der Konventmitglieder plädierte dafür, die parlamentarische Komponente des Entscheidungsverfahrens der Union zu stärken. Diesbezüglich vertraten viele die Auffassung, dass die Rolle der nationalen Parlamente bei diesem Verfahren gestärkt und das Europäische Parlament mehr Befugnisse erhalten müsse, wobei die einen dem ersten Aspekt, die anderen dem zweiten Aspekt mehr Bedeutung beimaßen. Einige Redner zeigten sich angetan von dem Vorschlag, eine neue Struktur oder Einrichtung aufzubauen, über die die nationalen Parlamente unmittelbar an Entscheidungen der Union mitwirken könnten; andere Konventmitglieder sprachen sich dafür aus, den Parlamenten bessere Möglichkeiten an die Hand zu geben, um die Politik ihrer Regierungen im Rat zu kontrollieren, ohne das bestehende institutionelle Gefüge der Union anzutasten. Was das Europäische Parlament betrifft, so forderten viele, seine Mitentscheidungsbefugnisse auszubauen, ja sogar auf sämtliche Bereiche auszudehnen. Manche schlugen überdies vor, die Kontakte zwischen dem Europäischen Parlament einerseits und den nationalen Parlamenten und ihren Europaausschüssen andererseits zu intensivieren, etwa durch Weiterentwicklung des COSAC-Konzepts.
20. Eine Reihe von Rednern stellte die Frage, ob das legislative Initiativrecht nach wie vor ausschließlich bei der Kommission liegen sollte. Einige von ihnen vertraten die Auffassung, dass auch das Europäische Parlament ein Initiativrecht erhalten sollte, andere wiederum befürworteten dies für die nationalen Parlamente bzw. den Rat. Nicht wenige lehnten diese Vorschläge allerdings ab; ihres Erachtens solle auch in Zukunft ausschließlich die Kommission über ein Initiativrecht verfügen.
21. Einige Konventmitglieder meinten, dass die Verfahren zur Annahme von Durchführungsvorschriften auf Gemeinschaftsebene verbessert werden müssten, und äußerten Kritik am derzeitigen Komitologieverfahren, das zu kompliziert und undurchschaubar sei.

In diesem Zusammenhang sprachen sich einige dafür aus, die Anzahl der bestehenden Ausschüsse beträchtlich zu verringern; auch sei in Bezug auf ihre Arbeit mehr Transparenz erforderlich. Zudem wurde ein System vorgeschlagen, bei dem die Verabschiedung von Durchführungsvorschriften durch die Kommission der Kontrolle des Gesetzgebers unterliegt.

22. Mehrere Konventmitglieder unterstrichen, dass eine bessere Qualität der Rechtsvorschriften angestrebt werden müsse. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere folgende Aspekte angesprochen:
- intensivere Konsultation der betroffenen Kreise während des gesamten Rechtsetzungsverfahrens, d.h. angefangen von der Ausarbeitung des Vorschlags durch die Kommission bis zur Annahme durch den Gesetzgeber;
 - die wichtige Rolle der Verbände und Nichtregierungsorganisationen als Schnittstelle zwischen Bürgern und politischen Handlungsträgern;
 - Rat und Europäisches Parlament sollten dem Beispiel der Kommission folgen, die ein Konzept zur Verbesserung der Rechtsvorschriften entwickelt habe;
 - in einigen Bereichen sollten die Standards häufiger von den betroffenen Sektoren selbst (Selbstregulierung) oder von den Behörden gemeinsam mit diesen Sektoren (Koregulierung) festgelegt werden, um die Entscheidungsverfahren zu straffen.
23. Im Verlauf der Debatte über Effizienz und Legitimität wurden zudem unter anderem folgende Anliegen vorgebracht:
- Anders als beim derzeitigen System müsse es eine wirkliche Gewaltenteilung geben; in dieser Hinsicht wurde unterstrichen, dass konsequenter zwischen den grundlegenden Rechtsakten und den Durchführungsvorschriften unterschieden werden müsse.
 - Die Abstimmung zwischen den verschiedenen Bereichen der Unionspolitik müsse verbessert werden.
 - Es müsse gewährleistet sein, dass alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt an der Beschlussfassung mitwirken.
 - Der Rat als Gesetzgeber müsse seine Beschlüsse mit doppelter Mehrheit (Mehrheit der Mitgliedstaaten, die einer Mehrheit der Gesamtbevölkerung der Union entspricht) fassen; einige Konventmitglieder bezeichneten das im Vertrag von Nizza vorgesehene Verfahren als zu kompliziert.
 - Das offene Koordinierungsverfahren müsse in den Verträgen verankert werden.
 - Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments müsse repräsentativ sein, wobei die bevölkerungsärmsten Staaten weiterhin über eine Mindestanzahl von Vertretern verfügen sollten.

24. Ferner unterstrichen einige Konventmitglieder, dass die Legitimität der Union auch auf der Anerkennung und Wahrung gemeinsamer Werte beruhe. Wichtig seien in diesem Zusammenhang
- ein besserer Zugang zum Gerichtshof für Privatpersonen,
 - die Rolle des Europarates sowie die Zusammenarbeit der Union mit dem Europarat,
 - eine ausdrückliche Anerkennung der lokalen Selbstverwaltung in den Verträgen.
25. Abschließend fasste der Vorsitzende die Debatte kurz zusammen. Zwar seien Übereinstimmungen und Haupttendenzen zu erkennen, doch gelte es, einige divergierende oder sogar gegensätzliche Bestrebungen miteinander in Einklang zu bringen sowie eine Reihe von Fragen noch eingehender zu prüfen. Dies könne im Rahmen der Arbeitsgruppen geschehen.

Der Vorsitzende hob insbesondere Folgendes hervor:

- Nach vorherrschender Auffassung sollte an der bestehenden Verteilung der Zuständigkeiten insgesamt eher festgehalten werden; allerdings müssen die Zuständigkeiten im Bereich der Sicherheits-, Justiz- und Außenpolitik eindeutiger umrissen und verstärkt werden.
- Es besteht ein gewisser Widerspruch zwischen dem Wunsch nach einem weiterhin flexiblen System und dem Wunsch nach mehr Präzision.
- Es gibt den Vorschlag, die in den Verträgen enthaltene Liste der Ziele der Unionspolitik zu ändern.
- Es bedarf der Kontrolle, ob das Subsidiaritätsprinzip und die Zuständigkeitsabgrenzung eingehalten werden; die verschiedenen diesbezüglichen Vorschläge sind zu prüfen.
- Allgemein besteht die Forderung, die Instrumente eindeutiger zu definieren, ihre Anzahl zu verringern und bürokratischen Wildwuchs zu vermeiden sowie die derzeitigen Bezeichnungen der Instrumente zu überprüfen.
- Die Frage der Säulenkonstruktion, deren Abschaffung von vielen gefordert wird, muss eingehend geprüft werden.
- Was die demokratische Legitimität betrifft, so geht es nicht um eine unzureichende Legitimität der Unionspolitik im formaljuristischen Sinne, gegen die ohnehin der Gerichtshof einschreiten würde; die eigentliche Frage sei vielmehr, ob die Unionspolitik den Anliegen der Bürger Rechnung trägt, ob sie diesen hinreichend erklärt wird und ob sie infolgedessen bei den Bürgern auf genügend Zustimmung stößt.

III. Arbeitsgruppen

26. Der Vorsitzende teilte dem Konvent mit, dass das Präsidium entsprechend den Anhaltspunkten, die sich im Verlauf der vorausgehenden Sitzungen ergeben haben, beschlossen hat, erste Arbeitsgruppen (CONV 52/02) einzusetzen, an denen alle Konventmitglieder, d.h. Mitglieder, stellvertretende Mitglieder und Beobachter, teilnehmen könnten. Die Konventmitglieder müssten bis spätestens 30. Mai ihr Interesse für eine Teilnahme an den Arbeitsgruppen bekunden und dabei eine Rangfolge angeben.
27. Ein Mitglied eines nationalen Parlaments meldete sich im Namen der Mitglieder der nationalen Parlamente zu Wort; es sei zu begrüßen, dass die Beratungen nun im Rahmen von Arbeitsgruppen vorangetrieben werden, doch ersuchten diese Konventmitglieder das Präsidium um Vorlage einer vollständigen Liste aller Arbeitsgruppen, die während des Konvents eingerichtet werden sollen, sowie ihrer jeweiligen Mandate, damit diese Liste erörtert, gegebenenfalls ergänzt und die Mandate der einzelnen Gruppen genehmigt werden könnten.

Andere Redner schlugen vor, künftig eventuell weitere Arbeitsgruppen zu folgenden Themen einzurichten: Demokratie, Organe, Mehrheitsabstimmungen, soziale Dimension der Union, Regionen, Sicherheit usw.

28. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die inhaltliche Arbeit im Konvent stattfinden und eine Zersplitterung des Konvents durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen vermieden werden müsse. Der Konvent müsse weiterhin eine Einheit bilden und Schritt für Schritt Vorschläge ausarbeiten. In diesem Sinne unterscheide sich die Arbeit des Konvents von der eines Parlaments, in dem es spezielle Ausschüsse für die verschiedenen Aufgaben gebe. Die Arbeitsgruppen seien dazu da, ganz spezielle, zuvor im Konvent festgelegte Fragen zu prüfen und dem Konvent Lösungsvorschläge zu unterbreiten; Querschnittsthemen, wie die Außenpolitik, müssten im Konvent selbst erörtert werden. Was die Bitte der Mitglieder der nationalen Parlamente betreffe, so könne derzeit noch keine erschöpfende Liste der Arbeitsgruppen erstellt werden, da erst anhand der Ergebnisse der Aussprache des Konvents über die Querschnittsfragen entschieden werde, mit welchen konkreten Fragen sich diese Gruppen befassen sollten.

Der Vorsitzende versicherte jedoch, dass das Präsidium die vorgetragenen Anliegen in die Überlegungen einbeziehen werde, auch den Wunsch nach einer vollständigeren Beschreibung der Arbeitsgruppen. Zudem würden bei der Zusammenstellung der Arbeitsgruppen die Wünsche und das Fachwissen der Konventmitglieder berücksichtigt; gleichzeitig werde man sich um eine ausgewogene Zusammensetzung bemühen, auch in Bezug auf die verschiedenen politischen Strömungen sowie die Beteiligung von Männern und Frauen. Über die Zulassung der Öffentlichkeit zu den Sitzungen hätten die jeweiligen Vorsitzenden der Arbeitsgruppen zu entscheiden; je nachdem, um welche Gruppe es sich handele, sollten unterschiedliche Fristen für die Vorlage der Ergebnisse festgelegt werden.

IV. Forum und Vorbereitungen auf die Konventtagung zur Bürgergesellschaft

29. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene erläuterte den Vermerk des Präsidiums "Der Konvent und die Bürgergesellschaft" (Dok. CONV 48/02), wobei er insbesondere Folgendes hervorhob:
- Auf der Plenartagung am 24./25. Juni soll nahezu ausschließlich das Thema Bürgergesellschaft behandelt werden. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene wird die Ansprache im Konvent mit einer Ansprache eröffnen. Anschließend sollen die Beobachter des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und der Sozialpartner gebeten werden, über ihre Kontakte zu berichten. Ferner soll ein Konventmitglied pro Land aufgefordert werden, entweder mündlich auf der Tagung oder schriftlich über den Fortgang der Debatte bzw. das Forum im jeweiligen Mitgliedstaat zu berichten.
 - Vor der Tagung am 24./25. Juni werden im Rahmen der themabezogenen Kontaktgruppen, in denen die Organisationen der Bürgergesellschaft vertreten sind, öffentliche Sitzungen unter Leitung von Präsidiumsmitgliedern stattfinden. Die Kontaktgruppen sollen jeweils einen oder zwei Sprecher benennen, die sie in der Plenartagung vertreten.
 - Das Sekretariat des Konvents wird die Konventmitglieder in einem zusammenfassenden Bericht über die verschiedenen schriftlichen Beiträge informieren, die über die Website des Forums eingereicht wurden. Es wird zudem eine Zusammenfassung der für die Tagung am 24./25. Juni übermittelten Berichte über die Diskussionen auf nationaler Ebene erstellen.
 - Die Tagung am 24./25. Juni ist Bestandteil eines fortlaufenden Dialogs mit der Bürgergesellschaft auf europäischer und auf nationaler Ebene; alle Konventmitglieder sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

30. Während der anschließenden Aussprache wurden folgende Fragen angesprochen:
- Mehrere Konventmitglieder traten nachdrücklich dafür ein, dass auf der Tagung am 24./25. Juni sowohl die nationalen Nichtregierungsorganisationen als auch diejenigen Organisationen einbezogen werden, die mit der Betreuung der nationalen Foren betraut sind.
 - Ein Konventmitglied vertrat die Auffassung, dass auch die Kirchen im Rahmen der Anhörungen zu Wort kommen müssten; auch sei zu fragen, wie sie im Rahmen der sieben Kontaktgruppen eingebunden werden könnten. Ein anderes Konventmitglied äußerte sich ähnlich in Bezug auf die Interessenvertretungen der kleinen Unternehmen.
 - Der Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses (Beobachter im Konvent) wies darauf hin, dass am 27. Mai eine WSA-Tagung in Anwesenheit von Herrn Dehaene und Herrn Barnier stattfinden werde, an der mehr als 125 europäische und nationale Organisationen der Bürgergesellschaft, einschließlich der Glaubensgemeinschaften, teilnehmen werden; er lud alle Konventmitglieder zu dieser Veranstaltung ein.
31. Abschließend hob der stellvertretende Vorsitzende Dehaene hervor, dass, falls die Einbeziehung der nationalen NRO bei der Anhörung am 24./25. Juni an organisatorischen Zwängen scheitere – dies sei vom Präsidium noch zu prüfen –, diese Organisationen mehrere Möglichkeiten hätten, sich an der Debatte zu beteiligen, und zwar über
- schriftliche Beiträge an das Forum,
 - die aus seiner Sicht sehr wichtigen Debatten und Foren in den Mitgliedstaaten,
 - ihre Teilnahme an den regelmäßigen Tagungen im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses,
 - die Möglichkeit der Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen der Kontaktgruppen, die vor der Tagung am 24./25. Juni stattfinden.

V. Nächste Konventtagung

32. Zum Abschluss der Tagung teilte der stellvertretende Vorsitzende Amato mit, dass sich der Konvent auf seiner nächsten Tagung am 5./6. Juni in erster Linie mit der Politik im Bereich Justiz und Inneres befassen wird; im weiteren Verlauf der Tagung solle die Rolle der nationalen Parlamente innerhalb des Gefüges der Union erörtert werden. Mit Blick auf diese Debatte werde den Konventmitgliedern zu beiden Themen ein Diskussionspapier sowie ein kurzer Fragenkatalog übermittelt.